

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag des Deutschen Instituts für
Altersvorsorge GmbH

November/Dezember 2019



Feldzeit:

29.11. – 02.12.2019

Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

Stichprobe:

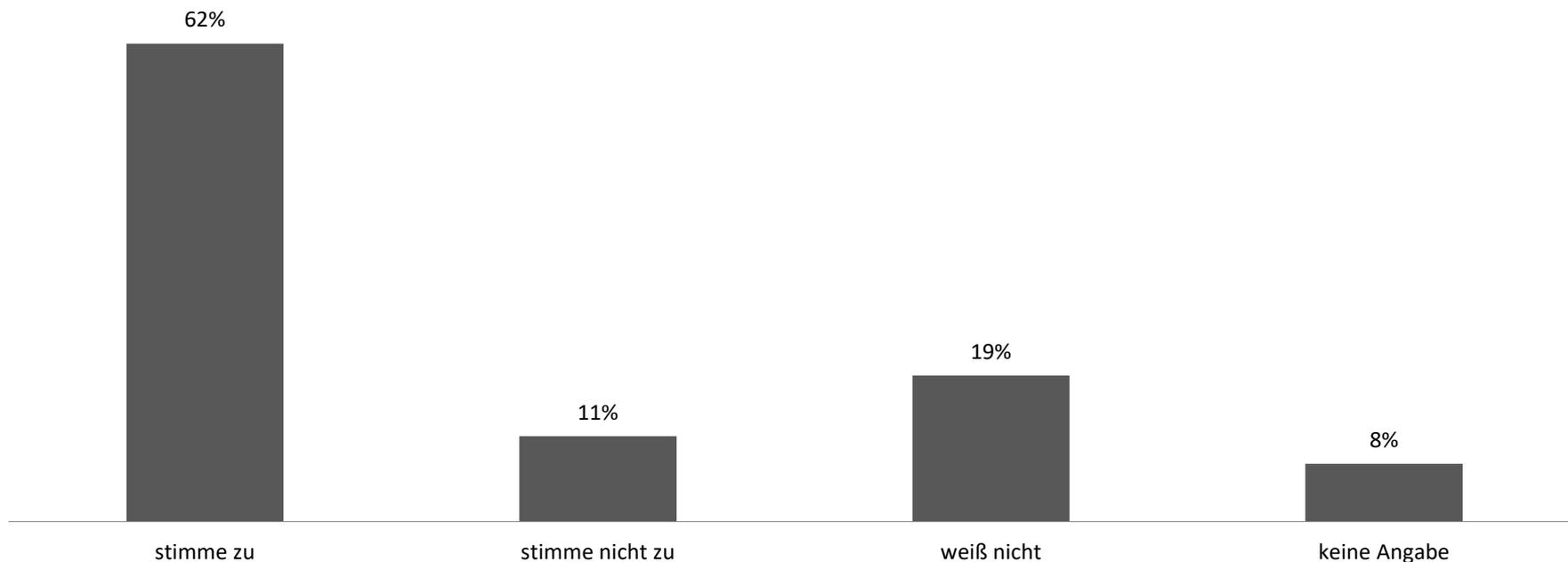
2.060 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Einleitender Text zur Frage:

In der jüngsten Tarifverhandlung der Chemischen Industrie haben Gewerkschaft und Arbeitgeber neben einer Lohnsteigerung von 2,8 Prozent erstmals eine Pflegezusatzversicherung vereinbart, die vom Arbeitgeber finanziert wird.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

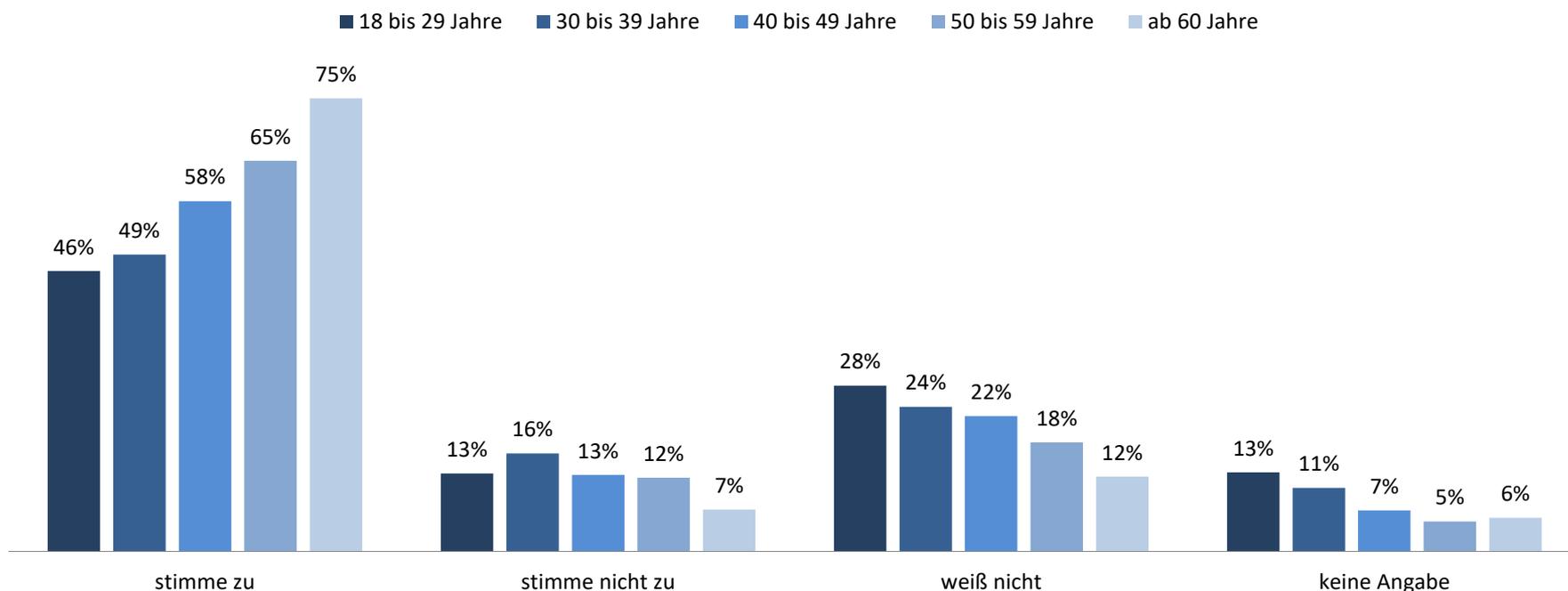
Moderne Tarifpolitik muss auch Leistungen wie zusätzliche Pflegeabsicherungen einschließen und darf sich nicht nur auf Vereinbarungen zum Gehalt beschränken.



Die absolute Mehrheit von 62 Prozent stimmt zu, dass moderne Tarifpolitik auch Leistungen wie zusätzliche Pflegeabsicherungen einschließen muss und sich nicht nur auf Vereinbarungen zum Gehalt beschränken darf. Lediglich elf Prozent sind gegenteiliger Meinung. Dafür weiß knapp ein Fünftel (19 %) hier keine Antwort und weitere acht Prozent machen keine Angabe.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

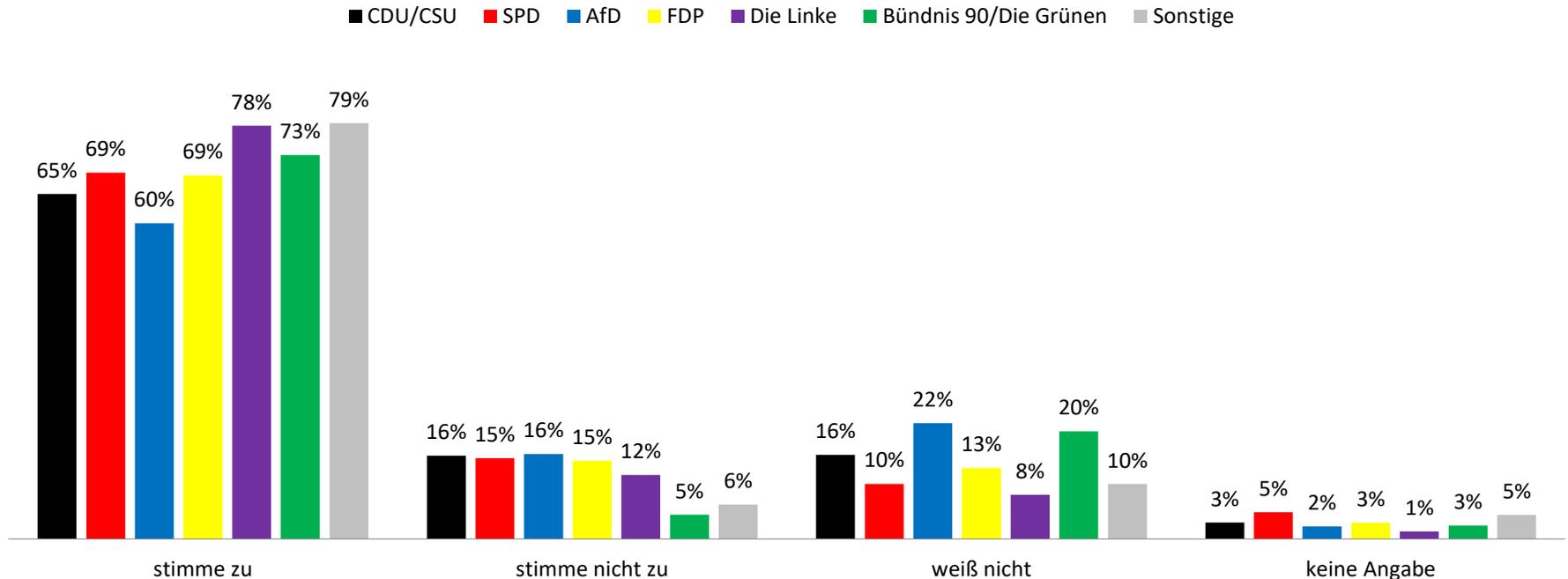
Moderne Tarifpolitik muss auch Leistungen wie zusätzliche Pflegeabsicherungen einschließen und darf sich nicht nur auf Vereinbarungen zum Gehalt beschränken.



Es zeigt sich die deutliche Tendenz, dass die Befragten mit zunehmendem Alter häufiger zustimmen, dass zusätzliche Leistungen in moderner Tarifpolitik enthalten sein sollten. Während dies nur auf 46 Prozent der 18- bis 29-Jährigen zutrifft, steigt dieser Anteil kontinuierlich bis auf 75 Prozent bei den ab 60-Jährigen. Diese Tendenz liegt allerdings zu einem Großteil darin begründet, dass der (kumulierte) Anteil an „weiß nicht“ und „keine Angabe“ mit zunehmendem Alter stetig sinkt (von 41 auf 18 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

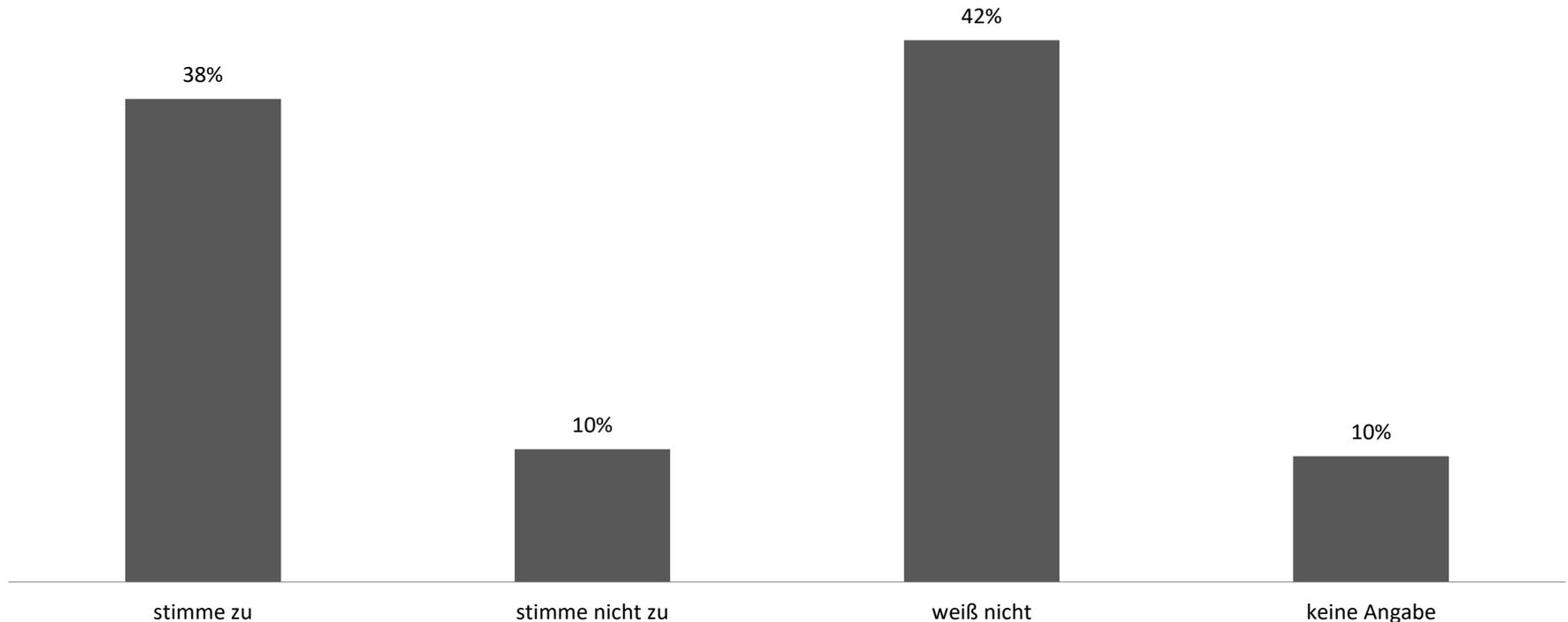
Moderne Tarifpolitik muss auch Leistungen wie zusätzliche Pflegeabsicherungen einschließen und darf sich nicht nur auf Vereinbarungen zum Gehalt beschränken.



Während unabhängig von der aktuellen Wahlpräferenz jeweils eine absolute Mehrheit der befragten Wähler der Aussage zustimmt, so fällt der jeweilige Anteil doch unterschiedlich aus. Mit 78 Prozent ist der Zustimmungsanteil unter Linke-Wählern am größten, gefolgt von Grünen-Wählern mit 73 Prozent. An dritter Position liegen gleichauf mit je 69 Prozent SPD- und FDP-Wähler, gefolgt von Unions-Wählern mit 65 Prozent auf Platz vier. Mit 60 Prozent stimmen Wähler der AfD hier am seltensten zu. Allerdings weisen diese mit 22 Prozent neben den Grünen- (20 %) und Unions-Wählern (16 %) auch den höchsten „weiß nicht“-Anteil auf (Rest 8-13 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

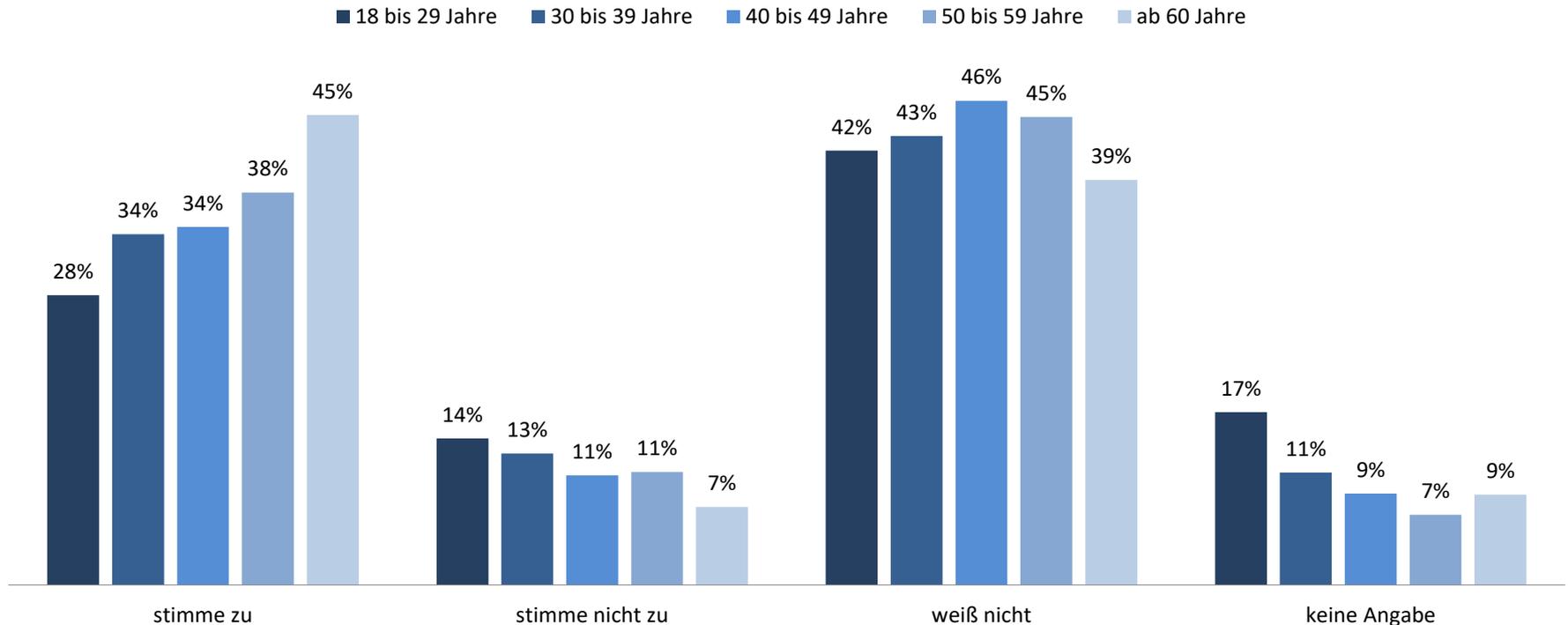
Der jüngste Abschluss der Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie sollte ein Vorbild für andere Wirtschaftsbereiche sein.



Insgesamt sind 38 Prozent der Meinung, dass der jüngste Abschluss der Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie ein Vorbild für andere Wirtschaftsbereiche sein sollte. Lediglich jeder zehnte Befragte (10 %) äußert sich gegenteilig. Die relative Mehrheit der Befragten (42 %) weiß hier jedoch keine Einschätzung abzugeben. Weitere zehn Prozent machen keine Angabe.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Der jüngste Abschluss der Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie sollte ein Vorbild für andere Wirtschaftsbereiche sein.

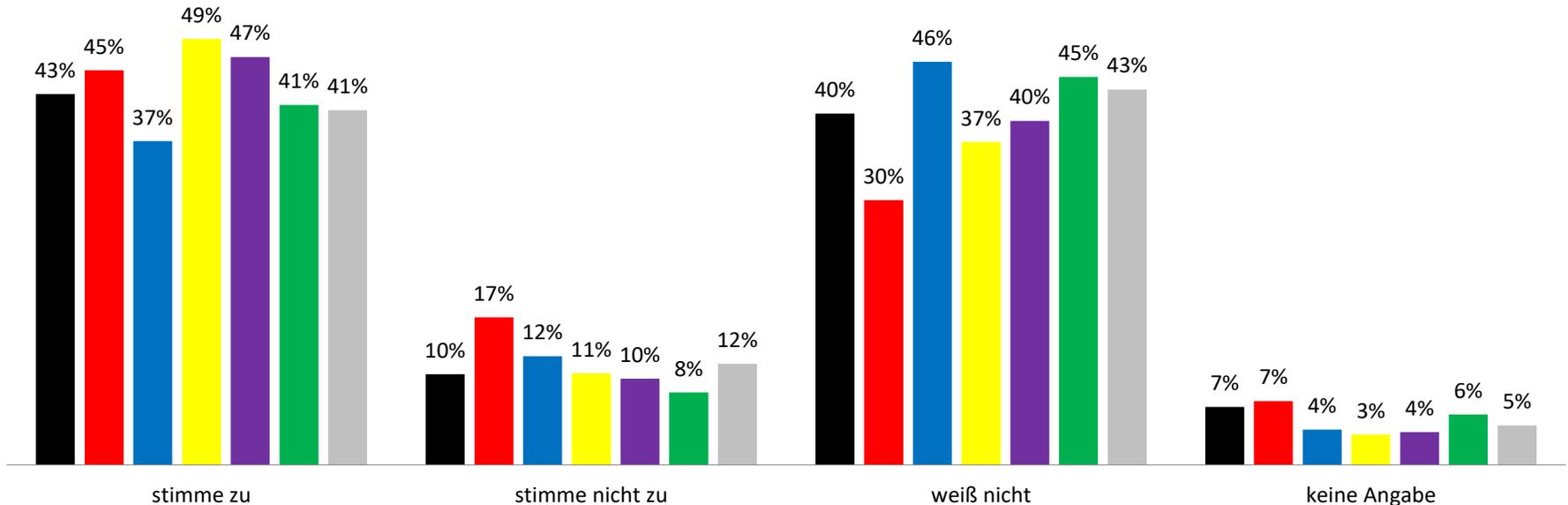


Mit zunehmendem Alter der Befragten steigt auch der Anteil derjenigen, die der Aussage zur Vorbildfunktion der Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie zustimmen. Während dies nur auf 28 Prozent der 18- bis 29-Jährigen zutrifft, steigt dieser Anteil kontinuierlich bis auf 45 Prozent bei den ab 60-Jährigen. Entsprechend umgekehrt verhalten sich nach Altersgruppen differenziert die Anteile derer, die hier nicht zustimmen (Sinken von 14 auf 7 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Der jüngste Abschluss der Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie sollte ein Vorbild für andere Wirtschaftsbereiche sein.

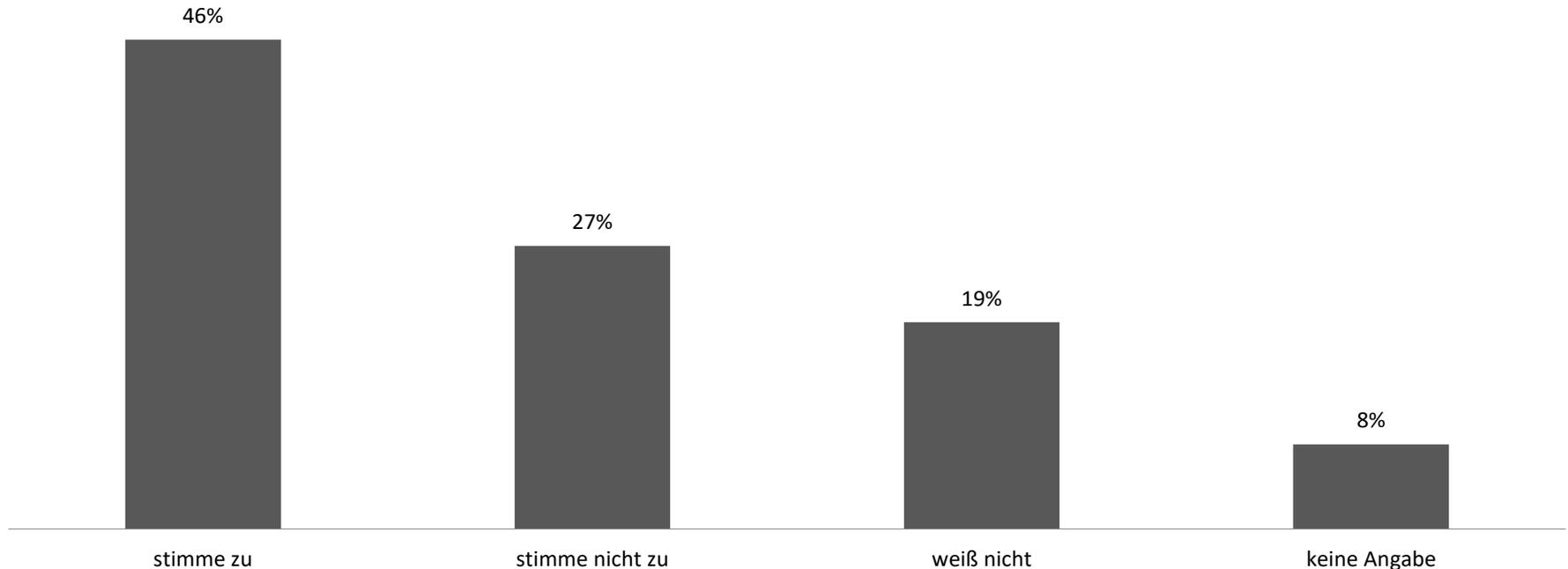
■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen ■ Sonstige



Nach aktueller Wahlpräferenz zeigen sich beim Anteil derjenigen, die zustimmen, dass der jüngste Abschluss der Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie ein Vorbild für andere Wirtschaftsbereiche sein sollte, kaum Unterschiede. Es ist lediglich auffällig, dass AfD-Wähler hier mit 37 Prozent den geringsten Anteil aufweisen und FDP-Wähler den höchsten (Rest 41-47 %). Bei denjenigen, die der Aussage hingegen nicht zustimmen, fallen vor allem die SPD-Wähler ins Auge, da ihr Anteil von 17 Prozent deutlich über dem der anderen Wählergruppen liegt (8-12 %). Auch bei denjenigen, die hier keine Antwort wissen, zeigen sich Unterschiede: Bei Wählern von AfD (46 %) und Grünen (45 %) ist dies jeweils die häufigste Antwort und am geringsten fällt der „weiß nicht“-Anteil mit 30 Prozent bei den SPD-Wählern aus (Rest 37-40 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

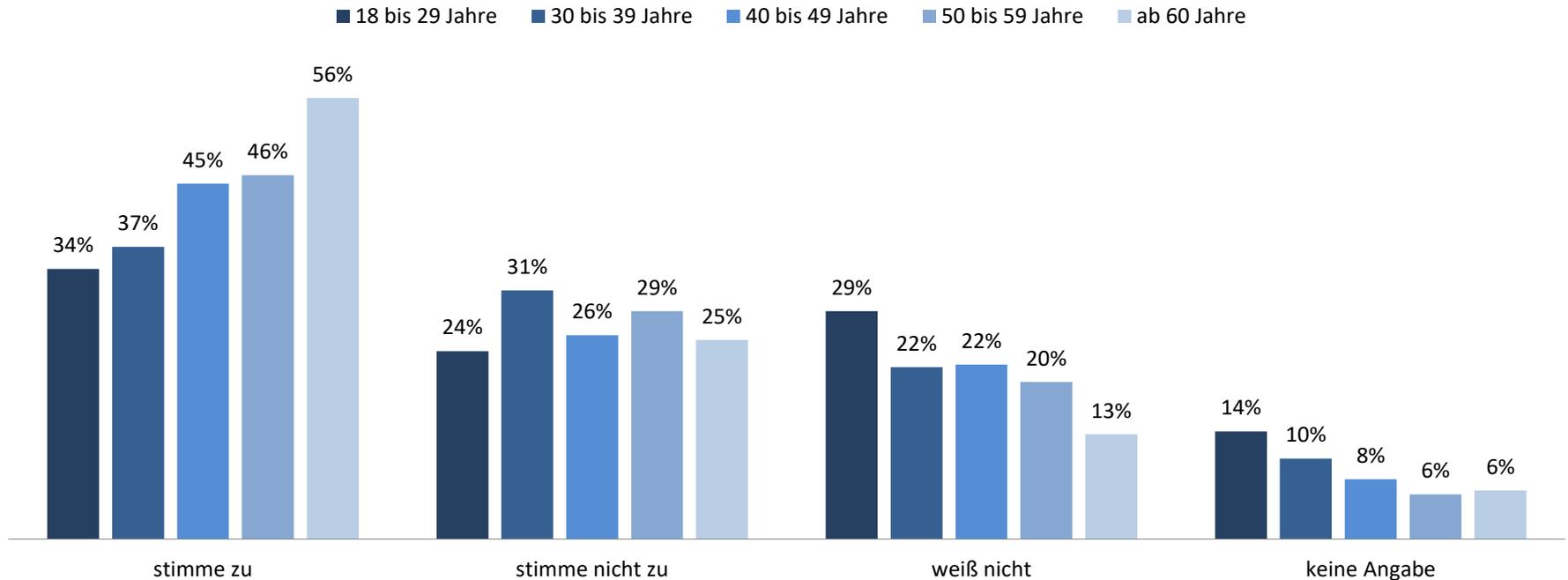
Übernimmt der Arbeitgeber eine Leistung wie eine zusätzliche Pflegeversicherung, ist es akzeptabel, wenn die Lohnsteigerung in der Tarifverhandlung geringer ausfällt.



Die relative Mehrheit der Befragten stimmt mit 46 Prozent zu, dass es akzeptabel ist, wenn die Lohnsteigerung in der Tarifverhandlung geringer ausfällt, wenn der Arbeitgeber eine Leistung wie eine zusätzliche Pflegeversicherung übernimmt. Gut ein Viertel (27 %) ist gegenteiliger Ansicht, 19 Prozent wissen keine Antwort und acht Prozent machen keine Angabe.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Übernimmt der Arbeitgeber eine Leistung wie eine zusätzliche Pflegeversicherung, ist es akzeptabel, wenn die Lohnsteigerung in der Tarifverhandlung geringer ausfällt.

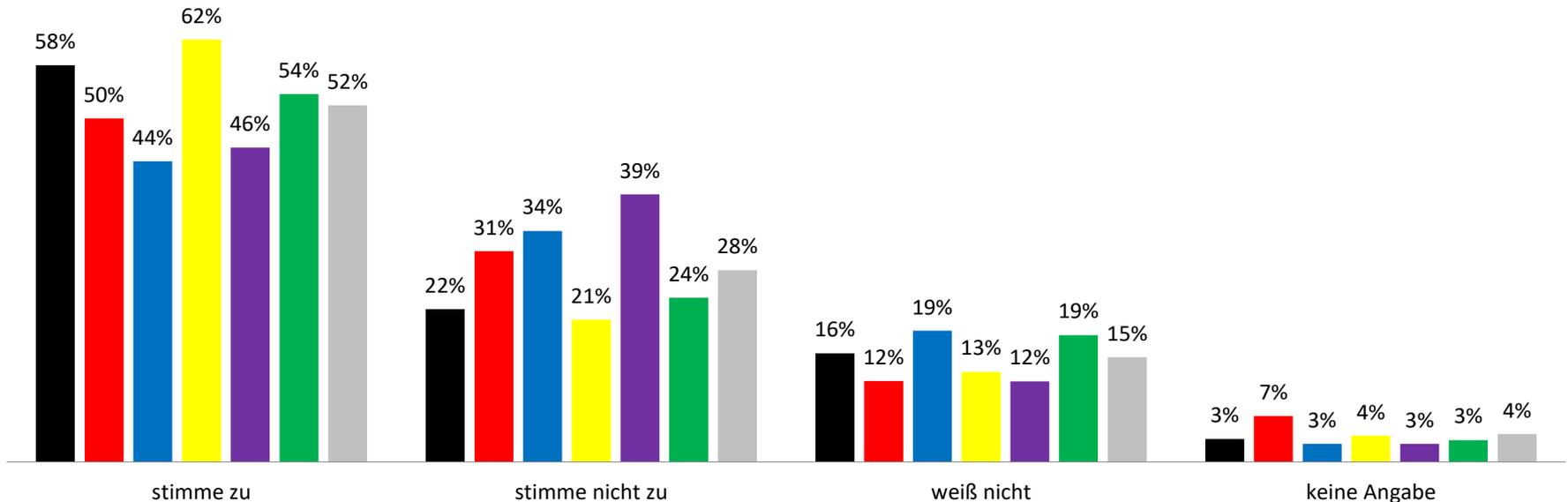


Auch hier zeigt sich eine deutliche Tendenz bei der Differenzierung nach Alter: Je älter die Befragten sind, desto häufiger stimmen sie zu, dass es akzeptabel ist, wenn die Lohnsteigerung in der Tarifverhandlung geringer ausfällt, wenn der Arbeitgeber eine Leistung wie eine zusätzliche Pflegeversicherung übernimmt. Während dieser Anteil bei der jüngsten Befragtengruppe nur 34 Prozent beträgt, steigt er mit zunehmendem Alter kontinuierlich bis auf 56 Prozent bei den ab 60-Jährigen. Auch hier liegt die Tendenz allerdings mit darin begründet, dass der (kumulierte) Anteil an „weiß nicht“ und „keine Angabe“ mit zunehmendem Alter stetig sinkt (von 43 auf 19 %).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Übernimmt der Arbeitgeber eine Leistung wie eine zusätzliche Pflegeversicherung, ist es akzeptabel, wenn die Lohnsteigerung in der Tarifverhandlung geringer ausfällt.

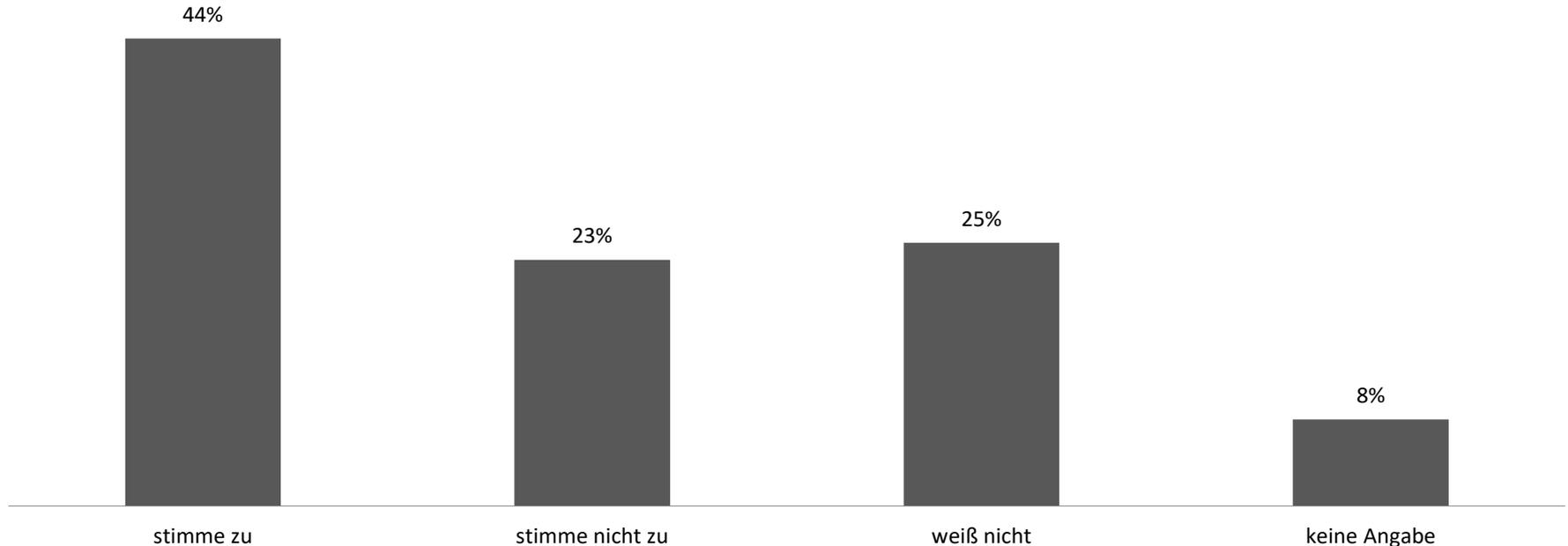
■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen ■ Sonstige



Während alle Wählergruppen jeweils als häufigste Antwort angeben, dass sie der Aussage zustimmen, so fällt diese Zustimmung doch besonders stark unter FDP- (62 %), Unions- (58 %), Grünen- (54 %) und SPD-Wählern aus (50 %), die jeweils mit einer absoluten Mehrheit der Ansicht sind, dass es akzeptabel ist, wenn die Lohnsteigerung in der Tarifverhandlung geringer ausfällt, wenn der Arbeitgeber eine Leistung wie eine zusätzliche Pflegeversicherung übernimmt. Linke-Wähler stimmen hier nur zu 46 und AfD-Wähler lediglich zu 44 Prozent zu.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

In Tarifverhandlungen sollte anstelle von Lohnsteigerungen über eine ergänzende betriebliche Krankenversicherung diskutiert werden, die Kosten übernimmt, die nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung gedeckt sind.

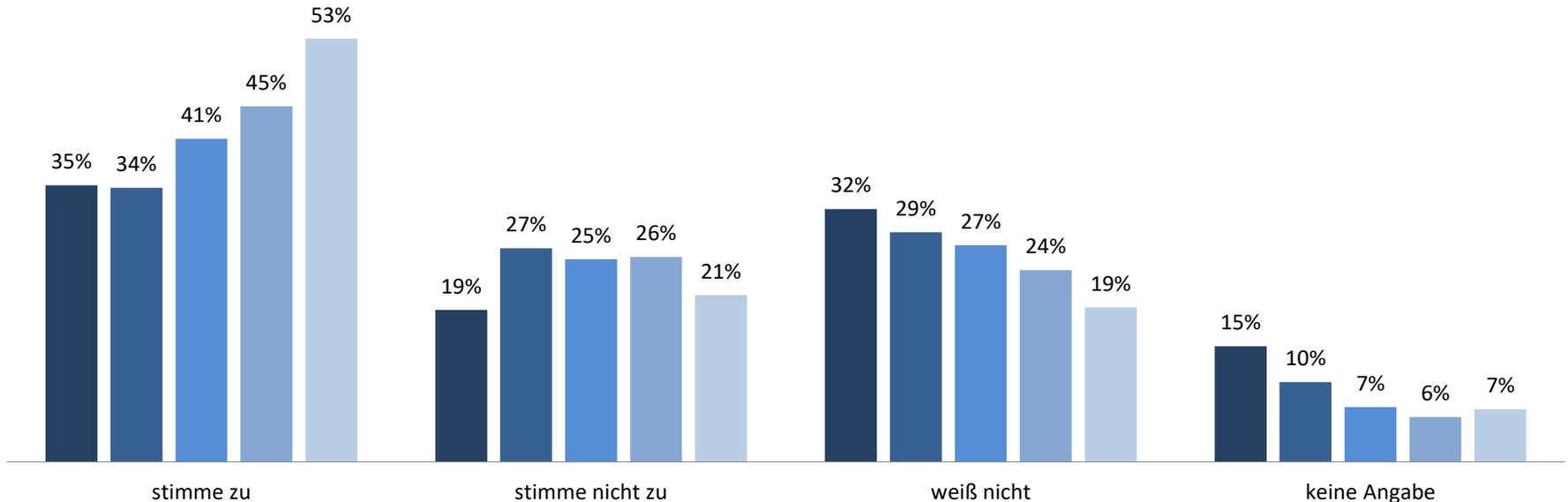


Dass in Tarifverhandlungen anstelle von Lohnsteigerungen über eine ergänzende betriebliche Krankenversicherung diskutiert werden sollte, die Kosten übernimmt, die nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung gedeckt sind, meinen 44 Prozent der Befragten. 23 Prozent sind anderer Ansicht und ein Viertel weiß wiederum keine Antwort, während acht Prozent keine Angabe machen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

In Tarifverhandlungen sollte anstelle von Lohnsteigerungen über eine ergänzende betriebliche Krankenversicherung diskutiert werden, die Kosten übernimmt, die nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung gedeckt sind.

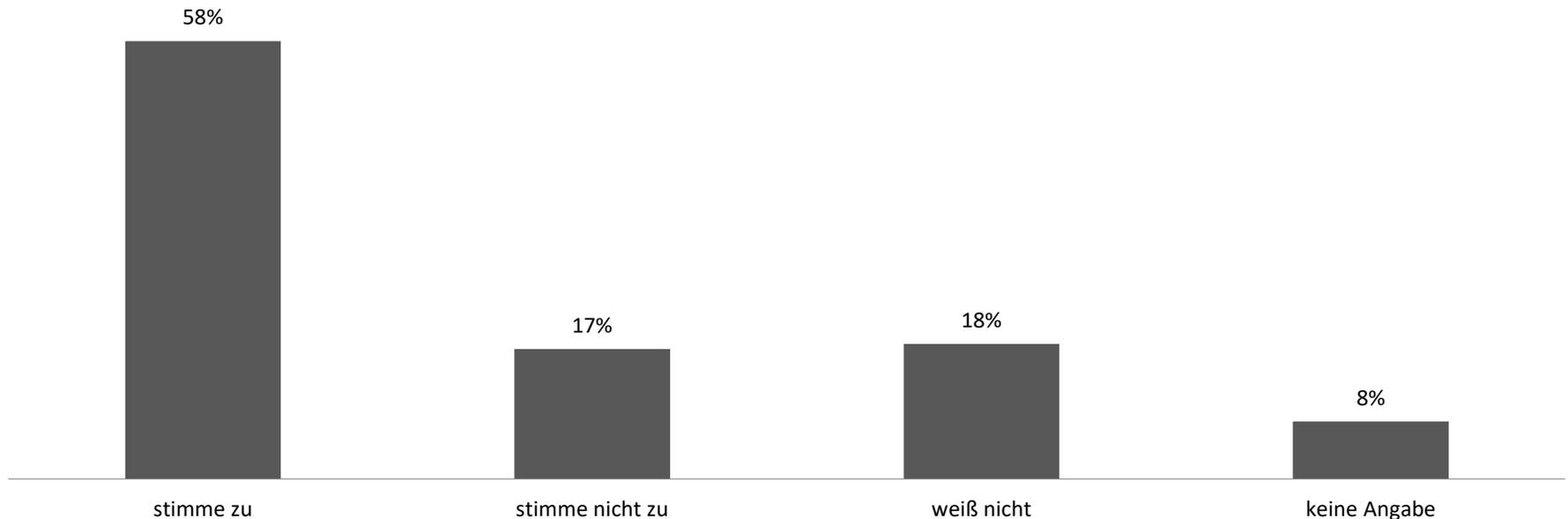
■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ ab 60 Jahre



Wie schon bei den Aussagen zuvor zeigt sich die deutliche Tendenz, dass die Zustimmung mit zunehmendem Alter steigt, während der Anteil an „weiß nicht“ und „keine Angabe“ abnimmt (von 47 auf 26 %, kumuliert). Während 34 bzw. 35 Prozent der beiden jüngsten Altersgruppen zustimmen, dass in Tarifverhandlungen anstelle von Lohnsteigerungen über eine ergänzende betriebliche Krankenversicherung diskutiert werden sollte, die Kosten übernimmt, die nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung gedeckt sind, so steigt dieser Anteil kontinuierlich erst auf 45 Prozent bei den 50- bis 59-Jährigen und dann noch einmal weiter auf 53 Prozent bei den ab 60-Jährigen an.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

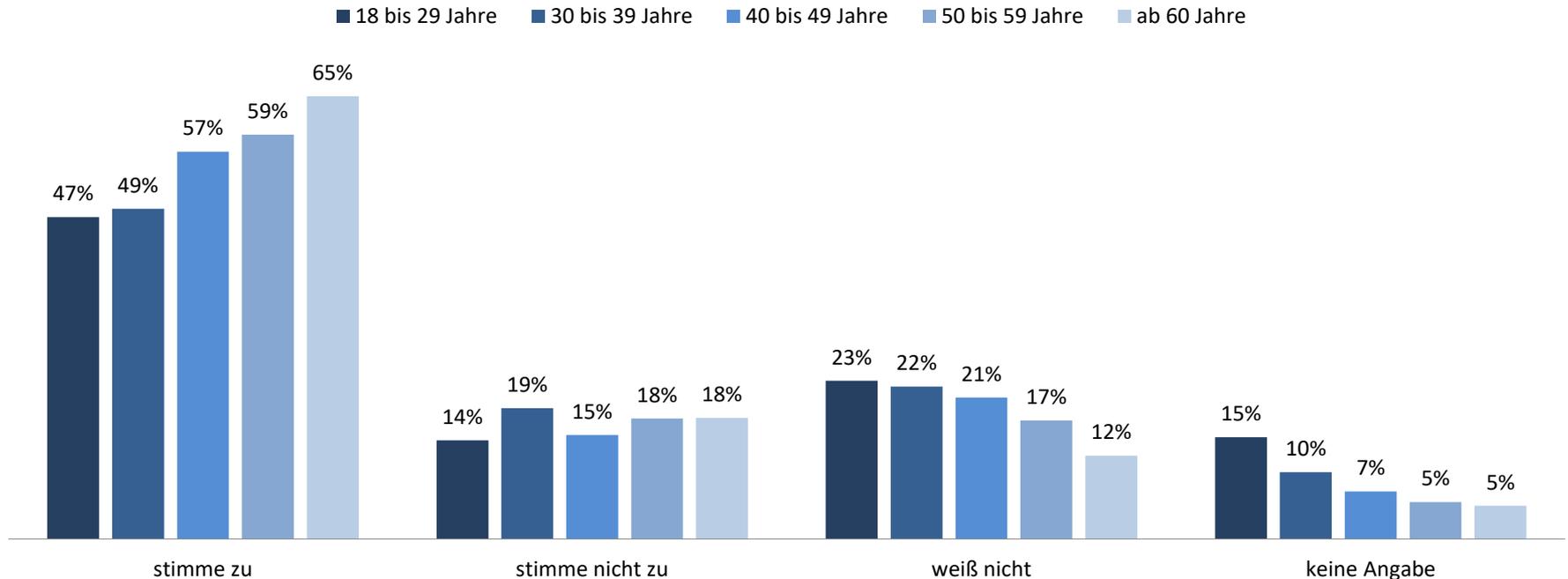
Tarifabschlüsse sollten den Arbeitnehmer mehr Wahlfreiheit lassen, welche Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen, also z.B. entweder eine zusätzliche Pflegeabsicherung oder eine Gehaltssteigerung.



Die absolute Mehrheit von 58 Prozent stimmt zu, dass Tarifabschlüsse den Arbeitnehmer mehr Wahlfreiheit lassen sollten, welche Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen. Lediglich 17 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Weitere 18 Prozent wissen keine Antwort und acht Prozent machen hier keine Angabe.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Tarifabschlüsse sollten den Arbeitnehmer mehr Wahlfreiheit lassen, welche Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen, also z.B. entweder eine zusätzliche Pflegeabsicherung oder eine Gehaltssteigerung.



Je älter die Befragten sind, desto häufiger sprechen sie sich für mehr Wahlfreiheit der Arbeitnehmer bei Tarifverhandlungen aus. Während dieser Anteil bei den Jüngsten 47 Prozent beträgt, steigt er kontinuierlich bis auf 65 Prozent bei den ab 60-Jährigen an. Auch hier ist aber wieder der Hauptgrund für diese Tendenz in den hohen Anteilen der jüngeren Befragten zu finden, die keine Antwort wissen oder geben.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.